

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

April 1981

# Evangelische Verantwortung

Heft 4/1981

## Wirtschaftswachstum und Humanität

Dr. I. C. Meerkamp van Embden

In einer umfassenden Analyse der voraussichtlichen Entwicklung der nächsten zwei Jahrzehnte kommt eine im Auftrag des amerikanischen Präsidenten erstellte Studie „Global 2000“ zu folgender Feststellung:

„Wenn sich die gegenwärtigen Entwicklungstrends fortsetzen, wird die Welt im Jahre 2000 noch überbevölkerter, verschmutzter, ökologisch noch weniger stabil und für Störungen anfälliger sein als die Welt, in der wir heute leben. Ein starker Bevölkerungsdruck, ein starker Druck auf Ressourcen und Umwelt lassen sich deutlich voraussehen. Trotz eines größeren materiellen outputs werden die Menschen auf der Welt in vieler Hinsicht ärmer sein, als sie es heute sind.“

Diese vergleichsweise düstere Prognose beruht auf der Überlegung, daß in großen Teilen der Welt – trotz Wirtschaftswachstum – eine auch nur bescheidene Verbesserung der Lebensbedingungen für viele Menschen durch den anhaltenden und massiven Bevölkerungsanstieg in Frage gestellt wird.

In den hochindustrialisierten Ländern ist die Bevölkerungsentwicklung allerdings eher stagnierend, in der Bundesrepublik sogar rückläufig. Anders als in Ländern der Dritten Welt werden bei uns Fragen des wirtschaftlichen Wachstums kritisch diskutiert. Das Unbehagen über bestimmte Fehlentwicklungen einer an Konsum und Wohlstand orientierten Gesellschaft hat vor allem bei jungen Menschen deutlich zugenommen. Die Bevölkerung ist für Umweltprobleme hochgradig sensibilisiert. Fortschritte in Wissenschaft und Technik finden immer seltener vorbehaltlose Zustimmung, vielfach stoßen sie eher auf Zweifel und Unsicherheit, ja sogar offene Ablehnung. Eine auf materielles Denken und wirtschaftliche Entwicklung fixierte Gesellschaft geht – so die Auffassung der Wachstumskritiker – an den echten Werten des Lebens vorbei. Die Befürworter einer „alternativen Lebensweise“ fordern statt festgefahrener ökonomischer Prioritäten das Primat der Ökologie und die Einführung einer dezentral strukturierten Gesell-

schaft. Sanfte Technologien und Subsistenzwirtschaft sind zentrale Elemente dieser neuen, von Wachstumszwängen befreiten Welt.

Ohne Zweifel: Der Begriff „Ökonomie“ hat einen bitteren Beigeschmack bekommen. Darf hieraus der Schluß gezogen werden, daß sich Wirtschaftswachstum und „positives Lebensgefühl“ in einer modernen Industrienation gegenseitig ausschließen?

Die Beantwortung dieser Frage wird durch Unschärfen des Wachstumsbegriffs selbst nicht gerade erleichtert. Zunächst einmal muß daran erinnert werden, daß Wirtschaftswachstum an sich keinen Selbstzweck darstellt. Diese eher lapidar anmutende Feststellung kann uns allerdings nicht der Verpflichtung entheben, über die derzeit gültigen Begriffe im Bereich der Wachstumsdiskussion nachzudenken und diese Begriffe schärfer zu definieren. Was man beispielsweise unter Nullwachstum, qualitativem Wachstum, quantitativem Wachstum oder Sozialprodukt versteht, wird sehr unterschiedlich interpretiert. Daraus resultierende Mißverständnisse sind bereits ein wesentlicher Bestandteil einer völlig überflüssigen Kontroverse.

In einer Wachstums- und Umweltdiskussion muß zunächst einmal die Erkenntnis unterstrichen werden, daß seit etwa Mitte der 60er Jahre das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland bei mengenmäßig eher stagnierendem, zum Teil sogar rückläufigem Einsatz von Rohstoffen und Produkten erfolgt. Das erhöhte Bruttosozialprodukt wird überwiegend über den höheren Preis der erzeugten Güter, durch erhöhte Wertschöpfung oder Anstieg der Dienstleistungen erzielt.

Andererseits ist festzustellen, daß das gegenwärtige Instrument des Sozialprodukts in ökologischer Hinsicht irreführend ist. Vor allem werden Minderungen des Volksvermögens durch Abbau ökologischen Kapitals, etwa durch Umweltbelastungen oder Ressourcenminderungen, ungenügend oder gar nicht erfaßt. Die Frage, was man konkret unter den Begriffen einer „qualitätsorientierten“ Produktivität bzw.



eines „angemessenen“ Wachstums verstehen soll, bedarf dringend der Präzisierung. Die konventionelle Definition des Bruttosozialprodukts als Indikator wirtschaftlicher Entwicklung wird dem gewandelten Umwelt- und Lebenswert-Verständnis einer zunehmend kritischen öffentlichen Meinung nicht gerecht. Bisher als kostenlos angesetzte Umweltgüter gehören in die betriebswirtschaftliche Kostenrechnung und damit auch in das Bruttosozialprodukt. Die Finanz- und Volkswirtschaftswissenschaftler sind deshalb aufgerufen, gemeinsam mit Ökologen, Biologen und Sozialwissenschaftlern brauchbare Lösungsansätze für eine um die ökologische Komponente erweiterte und und praktikablere Definition des Bruttosozialproduktes zu erarbeiten. Harald Jürgensen hat in diesem Zusammenhang in einer Abhandlung über „Zielkonflikte zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz“ an die Arbeiten von Nobelpreisträger P. A. Samuelson erinnert. Das von Samuelson präsentierte Konzept überträgt die Rechnung des Bruttosozialproduktes in eine neue Systematik, den sogenannten „Net-Economic-Welfare“-Ansatz (NEW). Hier werden dem traditionell errechneten BSP die mit dem entsprechenden Lohnsatz bewertete Freizeit und die von Hausfrauen erstellten Dienstleistungen zuaddiert. Andererseits werden die nicht marktmäßig erfaßten Umweltschäden und die Kosten, die zu ihrer Beseitigung notwendig sind, vom BSP subtrahiert. Der sicherlich noch unausgereifte Ansatz des Net-Economic-Welfare-Konzepts weist zumindest methodisch den Weg zur Ausarbeitung eines zeitgerechteren Wachstumsbegriffs.

In seiner Abhandlung „Das Jahrhundert ohne Gott“ analysiert Alfred Müller-Armack schonungslos den mangelnden Qualitätsinhalt des konventionellen „quantitativen“ Begriffs des Wirtschaftswachstums: „So entstand die zu einer geistigen Großmacht erwachsende Zeitansicht vom Segen wirtschaftlicher Expansion, von der unbedingten Überlegenheit des Großbetriebes, von der Notwendigkeit des Großstaates und einheitlicher Organisation des menschlichen Zusammenlebens, jener kritiklose Optimismus, welcher die Lebensfunktion des Wohlstandes, der Technik, der Macht, zuletzt gar nicht mehr beachtete und sich damit begnügte, in bloßem Wachsen der statistischen Zahlen, im Rekord technischer, sportlicher, sozialer, geistiger Leistungen die Rechtfertigung seines Jahrhunderts zu sehen.“

Diese anbrandende Welt der Massen und Fabriken, der Verstädterung und der Lebenshast, der Entpersönlichung in der Großorganisation, der Abwendung von geistigen Werten hat freilich nicht nur Freude ausgelöst“.

Das Zitat offenbart eine weitere grundlegende Schwäche in der Wachstumsdiskussion: Die fehlende Präzision der so häufig strapazierten Leerformel „Lebensqualität“ (besser wäre hier vielleicht der Ausdruck „Lebensgefühl“).

Wirtschaftswachstum steht nach Auffassung der Vertreter einer „alternativen Lebensweise“ in einem Zielkonflikt zur „Lebensqualität“. Hier stellt sich die Frage: Was versteht man unter diesem Begriff?

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, die vielzitierte „Quality of Life“ zu definieren. Erwies sich schon die

Festlegung von Faktoren einer Lebensqualität als schwierig, so mißlang vollends der Versuch einer objektiven Bewertung dieser Faktoren. Lebensgefühl wird von den Menschen in erster Linie ebenso subjektiv wie auch unterschiedlich empfunden.

Die Wissenschaftler Hornback und Shaw ermittelten dreißig Faktoren, die nach ihrer Ansicht für die „Quality of Life“ QOL von entscheidender Bedeutung sein sollen und faßten diese Faktoren in sechs QOL-Hauptgruppen zusammen:

1. Ökonomisches Umfeld  
(u. a. Befriedigung in der Arbeit, Einkommenssicherung, allgemeine ökonomische Sicherheit)
2. Politisches Umfeld  
(u. a. Verfassungsrechtlich garantierte Freiheiten, Politische Mitwirkungsmöglichkeit, intaktes Verhältnis von Bürger und Staat)
3. Soziales Umfeld  
(u. a. Gemeinschaftssinn, soziale Stabilität, Familiensinn, physische und psychische Sicherheit für das Individuum, kulturelles Angebot, Erholung und Freizeit)
4. Physisches Umfeld  
(u. a. Wohn- und Verkehrsverhältnisse / (öffentliches) Dienstleistungsangebot)
5. Gesund  
(u. a. geistige und körperliche Gesundheit, gesicherte und ausreichende Ernährung)
6. „Natürliche“ Umwelt  
(u. a. Qualität von Wasser, Luft und Boden, Abfallprobleme, Strahlung, toxikologische Risiken, Lärmbelastung)

Allen Bemühungen, den Begriff des Lebensgefühls präziser zu fassen, ist eines gemeinsam: Die Qualität des Lebensgefühls ist die Summe aller auf den Menschen einwirkenden Lebensumstände. Damit wird bereits deutlich, daß die Empfindung der Lebensqualität mit Fragen des Wirtschaftswachstums, wenn überhaupt, nur subjektiv und im individuellen Einzelfall korreliert werden kann.

Durch Wirtschaftswachstum ermöglichte Einkommensverbesserungen beispielsweise mögen in der Regel Zustimmung im Sinne von „mehr Lebensqualität“ finden („Ich kann mir eine schönere Wohnung leisten“), wirtschaftliche Expansionsvorhaben können aber genau so auch Ablehnung finden („die geplante Umgehungsstraße darf keinesfalls an meinem ruhigen Wohnviertel vorbeigeführt werden“).

Wenn aber Wirtschaftswachstum selbst mit dem Lebensgefühl nicht zu verknüpfen ist, was sind dann die echten Ursachen für die wachsende Unzufriedenheit und Unruhe, gerade bei jungen Menschen? Als Antwort auf diese Frage kann das geschärfte Umweltbewußtsein der Öffentlichkeit wohl ebensowenig befriedigen wie etwa die Sehnsucht nach einer Rückkehr zu „natürlichen“ Lebensverhältnissen, was immer man darunter verstehen mag. Die wirklichen Ursachen sind wohl tiefer in der menschlichen Psyche zu suchen.

Denkt man an die heutige Situation in hochentwickelten Industriestaaten, so schrieb der britische Nationalökonom Sir John Maynard Keynes mit er-



staunlichem Weitblick bereits 1930 in der Zeitschrift „Economics“ sinngemäß etwa folgendes:

– „Nehmen wir einmal an, daß es uns eines Tages wirtschaftlich sehr viel besser ginge und daß uns weder Krieg noch Bevölkerungswachstum an der Lösung des ökonomischen Problems hindern würden, dann wäre dieses ökonomische Problem nicht mehr unser Grundproblem“

und Keynes fährt fort:

„Ich denke mit großer Sorge daran, wie der Mensch in einem solchen Fall mit der für ihn neuen und ungewohnten Situation fertig werden würde. Zum ersten Mal stünde er vor der echten Frage, wie er die neugewonnene Freiheit dazu benutzen könnte, vernünftig und glücklich zu leben.“

Und John Steinbeck formuliert zum selben Thema in seinem sozialkritischen Essay „... und die Zukunft“ kurz und bündig: „Ich hege den Verdacht, daß unsere moralische und geistige Zersetzung daher kommt, daß wir im Umgang mit dem Überfluß so unerfahren sind.“

In einem Vortrag 1980 in Dormagen sah der Marburger Völkerkundler Prof. Nachtigall als weiteres Gefahrenmoment unserer modernen Industriegesellschaft die Folgen der „Permissivität“. Er sagt hierzu: „Die Folgen der permissiven Nicht-Erziehung sind bekannt. Sie bestehen nicht, wie erwartet, in geistiger Unabhängigkeit und Selbständigkeit, sondern im Gegenteil: in Unsicherheit, Kontaktschwäche, Angst, insbesondere vor dem sogenannten Leistungsdruck, gleichzeitig in zunehmenden Verstößen gegen anerkannte gesellschaftliche Verhaltensregeln bis hin zum Spaß an Verbrechen aus Langeweile, aus Überdruß am Überfluß.“

Die erfahrene Psychologin Christa Meves schreibt hierzu in einer Analyse „über die Schwierigkeit, im Wohlstand glücklich zu sein“: „Ob es sich um das Reisen, das Auto, das Haus, um materiellen Reichtum oder sexuelle Befriedigung, um lukullische Genüsse, um Machtanerkennung oder beruflichen Erfolg handelt, an Wunschvorstellungen dieser Art, die das Leben erleichtern, verschönern oder steigern, gibt es merkwürdigerweise sehr rasch eine Gewöhnung, die das Gefühl von Glück und Befriedigung wieder einschränkt. Jedenfalls kommt es auf diese Weise allein selten zu einer Dauerhaftigkeit des Glücksgefühls – im Gegenteil – im allgemeinen tritt nach einer Zeit permanenten Genusses ein negatives Gefühl, das von Überdruß und Übersättigung, in den Vordergrund und läßt Sehnsucht entstehen nach anderen, besseren und neueren Dingen.“

Die Analyse schließt mit einem bemerkenswerten Satz: „Ein Sozialstaat, der den Menschen zu leicht ihre vitalen Bedürfnisse zu befriedigen und sie allein zu ihrem Gott zu ernennen hilft, gerät in die Gefahr, daß sich immer mehr Menschen unzufrieden und unglücklich fühlen, daß immer mehr Menschen seelisch krank werden.“

Und der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann folgert hieraus: „Für die Schaffung, Erhaltung und Bewältigung des Wohlstands muß der Mensch die notwendigen geistigen Grundlagen entwickeln.“ Diese Aussage besagt, daß Wachstum auf lange

Sicht betrachtet, nichts anderes ist als eine Folge des geistigen Fortschritts der Menschheit. Umgekehrt könnte man aber auch folgern, daß Wachstumskrisen letztlich Folge geistiger, ja vielleicht sogar moralischer Krisen sein können.

Von ähnlichen Überlegungen läßt sich auch der St. Galler Wirtschaftswissenschaftler Prof. Emil Küng leiten. Er fordert „den Übergang von einer Konsumgesellschaft zu einer Kulturgesellschaft, in der der Mensch bestrebt ist, schöpferisch tätig zu sein und seinen Gefühls- und Glaubensbedarf zu decken.“

Aus allen diesen Überlegungen ist zu folgern: Nicht Wirtschaftswachstum ist inhuman, aber eine Verteidigung unseres materiellen Wohlstandes ist ohne Neubesinnung auf die geistigen Grundwerte der Humanität nicht denkbar.

Wir müssen uns auch darauf besinnen, daß die heutige Unzufriedenheit und die vielzitierte ökologische Krise viele Gesichter hat. Jeder einzelne kann wesentlich zur Entschärfung dieser Probleme durch sein eigenes Verhalten beitragen. Die ökologischen Probleme können nicht nur das Ergebnis eines gestörten Naturhaushalts sein, sondern ebenso Ausdruck gestörter menschlicher Verhaltensweisen. Gerade letzterer Gesichtspunkt wird allzu häufig übersehen.

Als Störungen des Naturhaushalts gelten beispielsweise die Entwicklung hochbelasteter Stadtlandschaften bei gleichzeitiger Verödung der Innenstädte, Überbauung freier Landschaften, einseitige Maßnahmen der Flurbereinigung oder Folgen bestimmter agrarwirtschaftlicher Meliorationsvorhaben. Im technisch-hygienischen Bereich gehören hierzu Auswirkungen bestimmter Schadstoffemissionen aus Verkehr, Industrie und aus Haushalten oder die „Übernutzung“ natürlicher Rohstoffvorkommen, so z. B. die „Übernutzung“ von Grundwasser oder von Forstbestand.

Zu gestörten menschlichen Verhaltensweisen zählen Spannungen im sozialen Umfeld, Zerbröckeln intakter Familiengemeinschaften, der Zusammenbruch zwischenmenschlicher Verhaltensweisen in Wohnsilos oder Hochhäusern, Gleichgültigkeit gegenüber den Bedürfnissen unserer Kinder, Berufs- und Leistungsängste, zunehmende Angst vor einer ungewissen Zukunft, die Entfremdung von der Natur, gleichzeitig aber deren egozentrische Übernutzung mit allen Folgen der sogenannten Freizeitemission, Zuflucht zu Alkohol, Zigaretten oder Drogen, Verhaltensstörungen durch umweltbedingte Streßfaktoren, z. B. Reizüberflutung, Verkehr und Lärm.

In großen Teilen der Generation der bis zu 30jährigen hat ein Wandel der Wertordnung stattgefunden. Hierzu gehört der Wunsch nach emotionaler Geborgenheit, der Wunsch nach innerer Verbindung zum Arbeitsprodukt und zum Betrieb, der zunehmende Sinn für die Erhaltung gewachsener Strukturen und für die Geschichte, die Erkenntnis der zentralen Bedeutung der Heimat als soziale und auch als landwirtschaftliche Umwelt.

Einseitiges, technisch-ökonomisch ausgerichtetes Fortschritts- und Wachstumsdenken reicht für die Bewältigung dieser Probleme in Zukunft nicht mehr aus.



Es sollte aber nicht übersehen werden, daß in den letzten 15 Jahren mit Hilfe des Wirtschaftswachstums ein erheblicher Beitrag zum Abbau bestehender Umweltbelastungen geleistet werden konnte. Deutliche Fortschritte wurden vor allem bei der Luftreinhaltung, in Teilbereichen auch beim Gewässerschutz, erzielt. Darüber hinaus gelang es durch Verbesserung technischer Verfahren, den spezifischen Energieverbrauch und auch Rohstoff-Verbrauch (pro Tonne erzeugter Güter) drastisch zu senken. So werden in der Industrie beispielsweise bereits 25 Milliarden cbm Wasser im Kreislaufverfahren eingesetzt.

Ebenso sicher erwartet die öffentliche Meinung eine Erhaltung des materiellen Besitzstandes, eine Sicherung der Arbeitsplätze, die Aufrechterhaltung der heutigen Sozialpolitik und die Sicherung der Renten. Die große Mehrheit der Bevölkerung will außerdem, daß sich diese weitere Entwicklung in einem Klima innerer Sicherheit, stabiler Preise und einer gesunden Währung abspielt. Die Verwirklichung all dieser Ziele ohne einen angemessenen, qualitätsorientierten Anstieg der wirtschaftlichen Produktivität ist nicht zu verwirklichen. Selbst wenn man vom Wachstumsbedarf als Folge der enormen globalen Bevölkerungsentwicklung einmal absieht, so ist zusätzliches, zumindest mäßiges Wachstum auch in den Industrieländern unerlässlich für die Einlösung der sozialen Versprechungen an die ärmeren Bevölkerungsgruppen, wenn diese nicht ihren Gesellschaften entfremdet werden sollen.

Der international angesehene Friedens- und Konfliktforscher, Prof. Karl Wolfgang Deutsch, hat zu Recht in einer vielbeachteten Rede in Frankfurt (anlässlich des Umweltkongresses „Lebendige Wirtschaft – Lebenswerte Umwelt“ des Wirtschaftsrates der CDU e.V. am 29. Oktober 1979) gesagt: „Wenn es kein Wachstum gibt, ist auf die Dauer weder der Weltfrieden noch der soziale Frieden zu erhalten.“ („In der Stunde Null; Die Denkschrift des Bonhoeffer-Kreises“: Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit. J. C. B. Mohr, Tübingen 1979, Seite 93).

Als hochentwickelte Industrienation setzen wir rund 25 % der erzeugten Güter und Dienstleistungen im Ausland ab. Jeder 4. Arbeitsplatz ist exportabhängig. Nur wenn unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erhalten bleibt, können Arbeitsplätze, Einkommen, Lebens- und Sozialstandard langfristig gesichert werden. Daher ist es notwendig, die Voraussetzungen für eine ständige Modernisierung unserer Wirtschaft zu schaffen, denn nur eine moderne Wirtschaft ist international wettbewerbsfähig.

Ferner muß auch daran erinnert werden, daß unsere Gesetzgebung im Bereich der sozialen Sicherung zu Beginn der 70er Jahre auf der Erwartung einer jährlichen Wachstumsrate von 6 bis 7 % aufgebaut worden war. Die heutigen Schwierigkeiten auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen einschließlich der sozialen Sicherungssysteme sind Ausdruck der zu niedrigen Wachstumsraten seit 1975.

Eine seriöse Wachstumdiskussion muß schließlich sehr viel stärker als bisher die Problematik des Substanzverzehrs, bzw. des bisher eingetretenen Substanzverlustes in der Bundesrepublik berücksichtigen. Die FAZ schreibt hierzu in einem Beitrag vom 5. Dezember 1980: „Wann endlich erkennen unsere Politiker, daß es unseriös und pure Heuchelei ist, anzupreisen, was man nicht hat? Wer Wohltaten mit Krediten finanzieren muß, ist kein Wohltäter, sondern ein Scharlatan, der zu Lasten Dritter, der Kreditgeber, handelt. Kreditgeber ist doch hier die Generation unserer Kinder, auch dem Begünstigten bringen solche unfundierte Geschenke auf die Dauer nichts Gutes.“ Wie aktuell solche Überlegungen sind, braucht angesichts des heutigen Leistungsbilanz-Defizits nicht betont zu werden.

In einer abschließenden Betrachtung der hier angesprochenen Gedanken sollte man sich dessen erinnern, was die Männer des Bonhoeffer-Kreises über die Frage eines verantwortungsbewußten, humanen Wachstumspfadcs ausgesprochen haben. In finsternen Kriegsjahren entstanden, haben diese Überlegungen nach fast vier Jahrzehnten nichts von ihrer Gültigkeit verloren: „Wer nichts für sich erwerben kann, außer dem notdürftigsten Lebensunterhalt, und wer nichts zu verlieren hat, ist immer in Gefahr, in mutlose Resignation zu versinken oder aber gewalttätigen Instinkten zur Beute zu fallen. Der natürliche Trieb des Menschen, für seine nächsten Angehörigen etwas zu erwerben, ihnen den Lebensweg zu erleichtern und wohl gar einen sozialen Aufstieg zu ermöglichen, ist der Anfang der Nächstenliebe ... Auf jedem Eigentum aber liegt eine soziale Hypothek, die nicht nur seinen Mißbrauch zur Ausbeutung des nächsten verhindern soll, sondern zugleich verpflichtet, mit allem Hab und Gut der Gemeinschaft nützlich zu werden.“

Entscheidungen über das richtige und ausgewogene Maß eines solchen Wachstumspfadcs und gleichzeitig die moralische Kraft zur erforderlichen Anpassung an veränderte Verhältnisse werden an uns alle große Herausforderungen stellen. Die Kirche wird uns auf diesem schwierigen Weg in die Zukunft als Mittler und Mahner helfen können.

---

## „Fürchte dich nicht“

19. Deutscher Evangelischer Kirchentag vom 17. bis 21. Juni 1981 in Hamburg

---



# Zur Problematik der Arbeit im nachindustriellen Zeitalter

Peter Hintze

---

**„Arbeit wird zum knappen Gut!“ Mit den Konsequenzen dieses Problems für Sozialethik und Politik setzt sich Pastor Peter Hintze im folgenden Beitrag auseinander.**

---

Arbeit wird in zunehmendem Maße ein knappes Gut. Neue Technologien erobern immer mehr Bereiche, die bisher der menschlichen Arbeit vorbehalten waren. Diese Entwicklung schlägt sich in steigenden Arbeitslosenzahlen einerseits und in einem tiefen Kulturpessimismus andererseits nieder. Während unsere Computer sprechen lernen, wächst die Sehnsucht insbesondere jüngerer Menschen nach vorindustriellen Arbeits- und Lebensformen. Der Wunsch, zu natürlichen Lebensbedingungen zurückzukehren, findet in „alternativen“ Produktions- und Landwirtschaftsbetrieben, aber auch im steigenden Stimmanteil der „Grünen“ (Kommunalwahl in Hessen!) seinen Ausdruck. Dabei ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis Maschinen die Menschen von dem verdrängen, was immer schon weniger galt: Von der Handarbeit. Aber auch Tätigkeiten, die in besonderem Maße die Denkfähigkeit des Menschen fordern, sind von den neuen Technologien betroffen. Denkt man die Entwicklung nüchtern weiter, dann werden immer weniger Menschen die Chance zur Arbeit, die Chance zur denkenden und handelnden Weltgestaltung bekommen. Die anthropologischen Konsequenzen einer solchen Entwicklung sind nicht abzusehen. Seit es Menschen gibt, gehört Arbeit zu ihrem Wesen. Arbeit dient der Versorgung, dem Erwerb der lebensnotwendigen Güter. Arbeit dient der Rollenfindung im Zusammenleben mit anderen Menschen. Arbeit gehört zur Begründung von Herrschaft. Das entscheidende Moment aber ist, daß Arbeit in einem schier unlösbaren Zusammenhang mit der Sinnfindung steht. Der Anteil der Arbeit an der gesellschaftlich beurteilten Bemühung um ein gelungenes Leben ist heute nahezu total. Für den mo-

dernen Menschen ist Arbeit ganz wesentlich zum Mittel der Selbstrechtfertigung geworden. Deshalb sind die psychischen Folgen einer dauerhaften Arbeitslosigkeit gar nicht schlimm genug einzuschätzen. Die materielle Sicherung allein vermag hier keinen Ausgleich zu schaffen. Innerhalb der nächsten zwanzig Jahre wird sich diese Problematik noch verschärfen. Unbeachtet von der breiten Öffentlichkeit stehen wir nämlich vor dem dritten großen Umbruch im Menschenzeitalter: vor der nachindustriellen Revolution. Damit ist ein Zeitalter gemeint, dessen Gesicht von teilweise noch ungeahnten Zukunftstechnologien gezeichnet sein wird. Politisches Handeln wird darüber entscheiden, ob sich Orwells Schreckensvisionen erfüllen, oder ob sich vor uns eine humanere Welt auftut.

Eine Vergegenwärtigung der bisher erfolgten Strukturwandlungen macht deutlich, was zukünftig für das Zusammenleben der Menschen an grundlegend neuem zu erwarten ist. Die erste große Umwälzung war der Übergang von der Wildbeuterei zur agrarischen Lebensform, ein Vorgang, den wir die neolithische Revolution nennen. Der Mensch, der sein Leben durch sammeln, jagen und fischen sicherte, stellte seine Lebensweise um und begann sich systematisch mit der Nutzung seiner Umwelt zu beschäftigen. Die Grundberufe bildeten sich, gesellschaftliche Funktionen stellten sich heraus, mühselige Arbeiten wurden auf Menschen abgeschoben, die man einzeln, oder als Volk, überwältigt hatte. In diesem Prozeß liegen die Wurzeln der Überbewertung geistiger Arbeit, wie sie heute vorherrscht. Die zweite entscheidende Umwälzung erfuhr eine langwährende Vorbereitung. Die Ablösung der Naturaltauschwirtschaft durch die Geldwirtschaft, die Ausweitung des Handels, die Ausgestaltung des Handwerks, die Erfindung von leistungsfähigen Maschinen und schließlich als neue Betriebsform, die Fabrik – all dies waren die Vorbereiter der industri-

len Revolution, die eine beträchtliche Veränderung der menschlichen Lebensgewohnheiten erzwang. Die mit fortschreitenden technischen Möglichkeiten einhergehenden sozialen Probleme konnten nur mit erheblicher Verspätung gelöst werden. Dies führte zu persönlichen Härten und zu großen sozialen Spannungen. Die Abhängigkeit des Menschen von der Maschine erzeugte, neben der materiellen Not, den höchsten Leidensdruck.

Heute befinden wir uns in den Ausläufern der industriellen Revolution, bewegen uns auf eine Welt zu, in der immer mehr Menschen immer weniger arbeiten, in der immer kompliziertere Maschinen Arbeiten von hohem Schwierigkeitsgrad ausführen und sich dabei schon gegenseitig überwachen. Diese Entwicklung weckt Grundängste in den Menschen, weil das Gefühl der Hilflosigkeit und der Ohnmacht angesichts des bedrohenden Potentials mancher Entwicklung nur zu berechtigt ist. Solche Urängste zeigen sich im Protest gegen die Kernkrafttechnologie. Dabei ist die Auseinandersetzung um die Atomkraft nicht nur von der Frage nach den geeignetsten Energiequellen bestimmt, es steht auch unser grundsätzliches Verhältnis zur Zukunftsbewältigung zur Diskussion. Welche Zukunft

---

## Aus dem Inhalt

<b>Wirtschaftswachstum und Humanität</b> <b>Dr. I. C. Meerkamp van Embden</b>	<b>1</b>
<b>Zur Problematik der Arbeit im nachindustriellen Zeitalter</b> <b>Peter Hintze</b>	<b>5</b>
<b>Leserbrief</b>	<b>7</b>
<b>Aus unserer Arbeit</b>	<b>7</b>
<b>Zur Diskussion gestellt:</b> <b>Positionspapier des EAK Baden zum Verhältnis CDU-Kirche</b>	<b>9</b>
<b>Kurz notiert</b>	<b>12</b>



wünschen wir uns, und welchen Anteil hat der Mensch mit seiner Arbeit an dieser Zukunft, das sind die entscheidenden Fragen. Hier muß über das Recht auf Arbeit und über eine human gestaltete Arbeitswelt unter den Bedingungen neuer Technologien gesprochen werden. Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf die sich in Entwicklung befindlichen Vorhaben von Bundesbahn und Bundespost. Neue Formen von Transport und Kommunikation werden wohl die radikalsten Eingriffe in unser Zusammenleben mitsichbringen und eine grundlegende Veränderung unserer Arbeitsbedingungen bewirken. In etwa zehn Jahren wird das Telefon am Handgelenk jeden Menschen über Satelittenverbindung an jedem Punkt der Erde erreichbar machen und neue Kommunikationsmittel werden fast alle Arbeitsabläufe fernsteuerbar machen. In etwa 15 Jahren wird z. B. eine Sekretärin von ihrer Wohnung in Wuppertal aus alle Schreivarbeiten in ihrem Düsseldorfer Büro erledigen können. Briefe kann sie in ihrer Wohnung schreiben, Vorgänge hervorholen oder wieder einordnen, all dies wird mit neuen Fernkommunikationsmitteln möglich sein.

Damit würde die Zusammenarbeit der Menschen erheblich eingeschränkt, Arbeit entartet zum Umgang mit Maschinen. Das dauert solange, bis die übernächste Generation der Büromaschinen auch noch diese Arbeitsstellen verschwinden läßt. Jeder wird sich vorstellen können, wie der Einsatz solcher Technologien uns Menschen verändern wird. Die Verknappung der Arbeitsplätze und die grundlegende Veränderung der Arbeitsbedingungen werden für das Selbstbewußtsein der Menschen einschneidende Folgen haben. Hierbei hilft es wenig, wenn wir Theologen dem Menschen eine Selbstrechtfertigung durch Arbeit bestreiten, ohne ihm unsere Antwort auf die Sinnfrage verständlich zu vermitteln. Ich sehe in dem Selbstbestätigungsversuch „Arbeit“ das Bemühen, mit der Endlichkeit des Lebens, mit dem sicheren Tod fertig zu werden. Für viele Menschen, die unbewußt ihr Leben als „Sein zum Tode“ (Heidegger) empfinden, ist Arbeit die alleinige Möglichkeit den Tod gedanklich zu ertragen. Die Arbeit in der Familie, im Erwerbsleben, in ehrenamtlichen Tätigkei-

ten, in Sport und Spiel, scheint über das Leben eines Menschen hinauszudeuten und ihm den Gedanken des Todes erträglicher zu machen. Sozialethische Urteilsbildung darf diesen Tatbestand nicht mit einem einfachen Hinweis auf die Rechtfertigungslehre übergehen. Sie darf es schon deshalb nicht, weil sie allzu leicht in den Verdacht geriete, bestehende politische Strukturen nicht zu hinterfragen.

Der Mensch ist nach theologischem Urteil von Anbeginn der Schöpfung an auf Arbeit angelegt. Deshalb muß ihm die Möglichkeit auf Arbeit erhalten werden. Dies stellt uns vor die Verteilungsproblematik angesichts knapperer Möglichkeiten. Im Jahr der Behinderten weist uns diese Überlegung in besonderem Maße auf jene Gruppen hin, die auf dem freien Markt kaum Chancen auf Arbeit haben. Erst wenn man das Recht auf Arbeit für alle Menschen anerkennt, kann

**Unsere Autoren:**

Dr. I. C. Meerkamp van Embden  
Dipl.-Ing. Chem.  
Karlstraße 21  
6000 Frankfurt/M.

Pfarrer Peter Hintze  
Friedrichsallee 6  
5330 Königswinter 1

man glaubwürdig die Frage nach der Sinnbegründung des menschlichen Lebens über sein eigenes Schaffen hinaus stellen. Hier ist der Ort, die biblische Lehre von der Rechtfertigung des Menschen durch die Gnade Gottes einzubringen. Hier kann vom absoluten Wert des Menschen geredet werden, der sein Leben als Geschenk erfährt und der in dieser Erkenntnis den zwanghaften Streß der Selbstrechtfertigung durch Arbeit ablegen kann. Im Wissen, daß wir Menschen nicht die Schöpfer unseres eigenen Lebenssinnes sein können, kann ich mein Schicksal neu verstehen. Aber die Rechtfertigungslehre zwingt mich auch zum Umdenken gegenüber liebgewordenen Maßstäben und Normen. Das Wissen um mein Menschsein vor Gott entlarvt sinnlosen Arbeitsdruck, unter den wir

uns selbst setzen, ebenso, wie die unterschiedliche gesellschaftliche Bewertung von Arbeit, die in höherwertige und primitivere Beschäftigungen einteilt. Wer sein Leben als allein durch Gott gerechtfertigt versteht, der ist in der Lage sich von sinnlosem Arbeitsdruck und von der Abhängigkeit durch das Urteil anderer frei zu machen. Der nutzt den gewonnenen Freiraum zu selbstbestimmten Schaffen, zu kreativer Arbeit, die nicht mehr nur instrumentelle Bedeutung für seine Konsumwünsche in der Freizeit hat. Politik muß sich für Strukturen einsetzen, die jedem Menschen einen solchen Gewinn aus der fortschreitenden Rationalisierung ermöglicht. Abschließend möchte ich drei Thesen formulieren, die mir für eine politische Grundsatzbestimmung an der Schwelle zum nachindustriellen Zeitalter wichtig erscheinen:

1. Das Recht auf Arbeit, das Recht auf denkende und handelnde Weltgestaltung, ist ein unaufgebarer Grundsatz für unsere menschliche Gemeinschaft. Insbesondere ist es eine Verpflichtung gegenüber den Schwachen und Benachteiligten in unserer Gesellschaft.

2. Neue Technologien müssen so in den Arbeitsprozeß eingebracht werden, daß humane Strukturen, wie die Förderung von schöpferischen Fähigkeiten, die Ermöglichung von zwischenmenschlicher Kommunikation, die Minimierung von inhumanem Arbeitsdruck und die Entwicklung von Arbeitsformen, die die Verstandeskräfte nutzen, hergestellt oder bewahrt werden.

3. Der Sinn des Lebens liegt nicht in der Arbeit, sondern darin, daß es mir von Gott als Geschenk zukommt. Dies bedingt eine vorbehaltlose Gleichheit aller Menschen. Vor Gott ist der Arbeiter bei der Müllabfuhr genauso wertvoll wie der Universitätsprofessor. Unser Zusammenleben ist von dieser biblischen Einsicht allerdings noch sehr unzureichend bestimmt. Theorie und Praxis klaffen hier auseinander. Dies ist kein Ruf nach sozialistischen Lebensformen, sie haben das Zusammenleben allesamt nicht human regeln können. Das ist vielmehr ein Ruf nach mehr Mitmenschlichkeit im Verhalten zueinander. Wir werden diesen höheren Grad an Mitmenschlichkeit in der nachindustriellen Zeit dringend brauchen.



## Leser- Brief

Die hier geäußerte Meinung  
braucht nicht mit der Ansicht  
des Herausgebers oder der  
Redaktion übereinzustimmen.

**Betr.: Dr. Philipp von Bismarck, MdEP:  
Soziale Marktwirtschaft — eine christliche  
Wirtschaftsordnung? (siehe EV  
1/81, Seite 1).**

Es ist sehr verdienstvoll, daß Herr von Bismarck auf die Entstehungsgeschichte der sozialen Marktwirtschaft hinweist. Die in der Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises enthaltenen sittlichen Grundsätze teile ich ebenfalls mit ganzer Überzeugung. In der rauhen Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland sehen sich die Dinge allerdings etwas anders an.

1. Spätestens die Jahre ab 1973, die Zeit der ersten Ölkrise, haben uns gelehrt, daß im makroökonomischen Bereich der Markt nicht das optimale Steuerungselement ist. Die ölexportierenden Länder haben durch den Zusammenschluß in der OPEC über die Wirtschaft hinaus politische Macht gewonnen, der wir eigentlich nichts Wirksames entgegenzusetzen haben. Aus Gründen der Marktwirtschaft können wir uns nicht dazu auftraffen, ein Know-how-Kartell zu gründen, welches ein Macht-Äquivalent zum Kartell der Ölförderländer darstellt. Erst in neuester Zeit bahnt sich mit Saudi Arabien eine Wirtschaftsbeziehung an, die auf Interessenäquivalenz (Waffen gegen Öl) aufgebaut werden soll und erstmals die

Hoffnung auf eine dauernde Ölversorgung zu angemessenen Preisen eröffnet. Wegen des Liefergegenstands — nämlich Waffen — bekommt die Gegenleistung für das Öl eine überindividuelle Bedeutung, die zu einer ausgeglichenen Beziehung zwischen dem Staat Saudi Arabien einerseits und der Bundesrepublik andererseits führt. Wären die westlichen wirtschaftlichen Aktivitäten im Maschinen- und Anlagenbau in Exportkartellen zusammengefaßt worden, so hätte man den jetzt in Aussicht stehenden Effekt, daß die vielen parallelen Anbieter zu einer Wirtschaftsmacht zusammengefaßt werden, schon viel früher haben können. Marktwirtschafts-ideologen allerdings können diese Anpassungsprozesse an die internationale Lage nicht nachvollziehen.

2. Aber auch die Energiepolitik im eigenen Lande wäre mit größerer Planungsintensität zu größerer Effizienz gelangt. Schon in den 60er Jahren zeichnete sich ab, daß die Kohle in naher Zukunft von großer Bedeutung sein wird. Wegen der Wirtschaftsoffensive der großen Ölgesellschaften zu dieser Zeit mußten viele Bergwerke wegen Unrentabilität geschlossen werden. Heute fehlen diese Produktionskapazitäten. Im Umsatz wirkt sich das so aus, daß weit über 80 Millionen Tonnen Jahresförderung nicht hinausgegangen werden kann. Am Ende des zweiten Weltkrieges lag die Förderkapazität trotz Krieg und minderer Technisierung bei ca. 150 Millionen Jahrestonnen. Das Bergwerkssterben in den 60er Jahren brachte uns eine strukturbedingte Kapazitätseinschränkung von ca. 60 Millionen Tonnen Jahresförderung, diese Menge fehlen heute sowohl für die Verstromung als auch für die Herstellung von Vergasertreibstoffen. Auch hier hat also makroökonomisch der Markt versagt.

3. Auch die Infrastruktur, die sehr eng auf die Ökologie angewiesen ist,

entwickelte sich nicht optimal infolge der Überbetonung des Marktes als Regelungselement. Enorme Ausgaben bei allen Gemeinden für kulturelle und soziale Zwecke (Hallenbäder usw.) belasten die Kassen bei schlechtem Ausnutzungsgrad durch die Bevölkerung. Die Schienenstränge der Eisenbahn, die bereits seit langem vorhanden waren, werden nicht optimal für Personen- und Güterbewegungen ausgenutzt, weil daneben ein üppig ausgebautes Straßennetz errichtet wurde, welches unverhältnismäßig viel Grund und Boden beansprucht. Verstärkt wird diese Fehlleitung von Volksvermögen durch den schlechten Ausnutzungsgrad der Otto-Motoren, die im Straßenverkehr benutzt werden (13 %) im Verhältnis zu den E-Loks, die die zugeführte Energie zu mehr als 90 % in Fahrleistung umsetzen.

4. Die Aufwendungen zur Erhaltung der Natur werden als lästiges Beiwerk zu den Produktionskosten betrachtet. Die Aktivitäten hierfür sind minimal im Verhältnis zum Produktionsausstoß. Durch einen scharfen Eingriff des Staates in Richtung einer Emissionsverminderung wäre der Vergiftungsgrad in allen Beziehungen heute viel geringer als er durch die große Freiheit, die den Produzenten belassen wurde, nunmehr zum Teil irreparabel geworden ist.

Als engagiertes Mitglied der CDU warne ich davor, den Markt weiter unkritisch als Ideal zu vergöttern. Wir müssen auf die vielen Fragen gerade der jungen Leute, die zum Teil mit Recht skeptisch sind, ehrliche strukturbezogene Antworten finden, wenn wir in der Bundesrepublik die Koalition zwischen SPD und F.D.P. in absehbarer Zeit auflösen wollen. Der geistige Rückgriff auf die Adenauer-Ära ersetzt nicht eine vorwärtsgerichtete Wirtschaftspolitik.

Dr. Fritz Gürtner  
Agnesstraße 26, 8000 München 40

## Aus unserer Arbeit

### Nur radikaler Pazifismus mit dem Geist der Bergpredigt vereinbar?

**Bonn:** Im Anschluß an die Sitzung des Bundesvorstandes des EAK am 30. März gab Prof. Dr. Roman Herzog folgende Presseerklärung ab:

„Mit Sorge betrachten wir die insbesondere in den Kirchen stattfindende Friedensdiskussion, die auf dem Hamburger Kirchentag vom 17. bis 21. Juni 1981 einen Höhepunkt und starken Impuls erhalten wird.

Wir wenden uns nicht gegen den Pazifismus. Dieser hat als ständige Mahnung zum Frieden insbesondere in den christlichen Kirchen gute Tradition, und wir anerkennen ihn ausdrücklich als eine mögliche christliche Handlungsweise.

Mit Entschiedenheit wenden wir uns aber gegen die zunehmende Tendenz, als christlich nur noch die Waffenlosigkeit anzusehen. Wir bedauern sehr, daß die Dialogbereitschaft über die Frage des Friedens immer mehr abnimmt, und daß diejenigen Stimmen, die zur Besonnenheit mahnen und mit christlichem

Realismus auf der Basis christlicher Ethik vernünftige Wege zum Frieden suchen, nicht mehr gehört werden. So bedauern wir besonders, daß zum Beispiel die christliche Initiative „Den Frieden sichern“ in der innerkirchlichen Diskussion verschwiegen wird und dort oft nur noch radikal pazifistische Diskussionsbeiträge gehört werden.

Vor den Folgen dieser Entwicklung für unseren Staat und die Kirchen warnen wir vor allem diejenigen, die nur den radikalen Pazifismus mit dem Geist der Bergpredigt für vereinbar halten. Wer dies tut, und wer nur eine be-



stimmte politische Entscheidung als christlich vertretbar bezeichnet, schließt solche Mitbürger, die zur Friedenswahrung und Friedenssicherung andere politische Lösungen für erforderlich halten, vom Dialog aus. Er zerstört somit die Konsensfähigkeit des pluralistischen und demokratischen Staates und damit auch den inneren Frieden.

Wir alle wollen den Frieden, aber es gibt kein Patentrezept dafür, wie der Friede wirklich erreicht werden kann. Friede ist für uns nicht nur die Abwesenheit von Krieg, obwohl die 35jährige Friedensphase in Westeuropa angesichts von rund 130 Kriegen seit 1945 in anderen Weltregionen schon sehr viel ist. Friede ist ein Prozeß, der nur durch gemeinsame und andauernde Anstrengung erreicht werden kann. Dies erfordert von uns in den nächsten Jahren verstärkten Einsatz und Opferbereitschaft, insbesondere für die Länder der Dritten Welt.“

---

#### **Offener Brief des EAK der CSU, Bezirksverband Nürnberg-Fürth, an die evangelische Dekane in Nürnberg**

---

Im Zusammenhang mit der Massenverhaftung von Jugendlichen im Jugendzentrum KOMM in Nürnberg im Anschluß an eine gewalttätige Demonstration hatten die evangelischen Dekane in Nürnberg das Vorgehen der Polizei und der Staatsanwaltschaft kritisiert. Der Vorsitzende des EAK-Nürnberg-Fürth, Prof. Dr. Dr. Hans-Günther Assel, richtete deshalb an die evangelischen Dekane folgenden offenen Brief:

Der Bezirksverband Nürnberg-Fürth des Evangelischen Arbeitskreises hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Erklärung der evangelischen Dekane in Nürnberg befaßt. Er schließt sich dem einstimmigen Beschluß des Nürnberger Stadtrats an und „bekundet denen, die im KOMM waren und sich nicht an der Demonstration beteiligt haben, aber trotzdem verhaftet wurden, seine Solidarität, seine Bereitschaft zur Hilfe bei persönlichen, schulischen oder beruflichen Schwierigkeiten“. („–“ Zitat) Die evangelische Kirche hat ihr Gesprächs- und Seelsorgeangebot gemacht. Ein Gespräch ohne Emotionen soll über die Gründe dieser Entwicklung nachdenken helfen. Nach unserer Auffassung gehört dazu aber mehr als nur die knappe Formulierung, ich zitiere „wir verurteilen jede Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen eindeutig als Unrecht“. Würden jugendliche Demonstranten diesen Leitsatz befolgen, dann würde ihr unbestrittenes Recht auf Protest gegen Mißstände dieser Gesellschaft nicht Kontroversen hervorrufen. Daß die Ausschreitungen in letzter Zeit ein nicht vertretbares Ausmaß und nicht zu rechtfertigende Fol-

gen annahmen, ist das Problem auch in unserer Stadt. Hier geht es nicht zuerst um staatliche Übergriffe! Wir vermissen bei den Feststellungen unserer Kirche die Ursachenforschung darüber, wer sich zuerst über rechtsstaatliches Verhalten hinweggesetzt hat. Wir vermissen auch ein klares Wort darüber, daß sich Jugendliche nicht zu Mitläufern und Sympathisanten weniger Rädelsführer machen lassen dürfen, die sich überall aktiv beteiligen, um in Verbindung mit solchen Aktivitäten massive politische Ziele zu verfolgen. Wir vermissen es, daß unsere Kirche nicht mehr Kraft ihrer Autorität junge Menschen ermahnt, sich von solchen Bestrebungen deutlich und unverkennbar abzusetzen. Wir begrüßen es, wenn sich unsere Kirche an der Vertrauensbildung für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung beteiligt, besonders im Gespräch mit der kritischen Jugend, weil der Verlust oder bereits die Schmälerung des freiheitlichen Rechtsstaates für uns alle Unfreiheit bedeutet. Wir würden es begrüßen, wenn unsere Kirche alle Möglichkeiten ergreifen würde, um in Zukunft Veranstaltungen im KOMM zu verhindern, bei denen die Anwendung von Gewalt nicht zweifelsfrei abgelehnt wurde. Aufklärung über mögliche Folgen der Teilnahme bei Demonstrationen, die den friedlichen Charakter überschreiten, ist auch ein Dienst, den die Kirche zu leisten vermag, weil ihre kritische Stimme eine weitere Verschiebung des Rechtsbewußtseins mit verhindern kann. Schnell geprägte Begriffe wie Justizwillkür oder von Polizeistaat, die in erregter Diskussion fallen, sind für die Charakterisierung unseres Staates nicht angemessen. Die Eskalation der letzten Woche und ihre Begründung sollte man nicht nur auf das Verhalten einer Seite zurückführen. Ein differenziertes Gespräch ohne Emotionen ist nötig, um Schaden von unserem Gemeinwesen abzuwenden. Dazu können alle Verantwortlichen ihren Beitrag leisten.

---

#### **Politik unter dem Evangelium Gründungsveranstaltung des EAK-Soltau-Fallingbostal**

---

**Soltau:** Zwischen Politik und Kirche gebe es Brüche, die sich z. B. auch in der Grundwertediskussion gezeigt hätten. Deshalb müsse der Dialog zwischen Politik und Kirche auf allen Ebenen geführt werden. Diesem Anliegen wolle sich der neu gegründete EAK in Soltau-Fallingbostal besonders annehmen. Mit dieser Beschreibung der Arbeit des neuen Arbeitskreises begrüßte der EAK-Vorsitzende, Gustav Isernhagen, die erfreulich zahlreichen Gäste der Gründungsveranstaltung, bei welcher der Bundesgeschäftsführer des EAK, Wilhelm Staudacher, einen Vortrag zum Thema „Politik unter dem

Evangelium“ hielt. Zwar könne die Bibel kein „politisches Rezeptbuch“ oder „moralisches Taschenlexikon“ sein, so führte Staudacher aus, aber sie gebe doch die Richtung des Handelns auch in der Politik an.

Auch die klarste Richtungsbestimmung schließe jedoch Streit nicht aus. Aber die Orientierung an der Bibel schließe die Meinung aus, so Staudacher, „daß Christen – in welcher Partei auch immer – weder einen Monopolanspruch auf die bessere, gerechtere, sozialere Politik gegenüber Nichtchristen noch untereinander einen Garantieschein für richtige und übereinstimmende Lösungen besitzen.“ Auch die an der Bibel orientierte Entscheidung könne am Ende nur eine persönliche Entscheidung sein. Und es könne durchaus vorkommen, daß ein anderer Christ mit derselben Bibel in derselben Situation zu einem ganz anderen Ergebnis gelange. Auch dies sei zu tolerieren. Staudacher: „Prinzipielle Ausschließlichkeitsansprüche sind mit einer Politik aus christlicher Verantwortung nicht zu vereinbaren.“

Die Schlußworte des Bundesgeschäftsführers: „Wer eine Versicherungspolice für ein friedliches und problemloses Leben sucht, wird sich weder auf die Bibel noch auf die Politik einlassen dürfen. Aber das Gegenteil, die fromme Weltflucht, war noch nie eine wirkliche christliche Tugend. Sowenig die Bibel im einzelnen sagt, was in der Verantwortung für diese Welt und die Nächsten zu tun ist – in diese Verantwortung sind wir gerufen; daran gibt es keinen Zweifel.“

---

#### **EAK-Gründungsveranstaltung in Borken**

---

**Borken:** Manfred Daberkow aus Gronau ist der erste Vorsitzende des neugegründeten Evangelischen Arbeitskreises in der CDU des Kreises Borken. Ihm stehen im Vorstand der Vereinigung Hermann Niemann (Gescher), Frank Neugebauer (Borken), Wolfgang Freitag (Boholt) und Eckhart Ballenthin (Stadtlohn) zur Seite.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU will keine Abgrenzung von den katholischen Mitgliedern der Partei, sondern eine Diskussionsplattform für die christliche Politik der CDU schaffen, erklärte der Landesvorsitzende des EAK Dr. Gerhard Rödding, MdL, bei der Gründungsversammlung.

Rödding ging dabei auch auf die Versuche der SPD ein, die CDU als die Partei der Katholiken abzustempeln. Dieser These müsse energisch widersprochen werden. Das Gegenteil lasse sich durch Personen wie Gerhard Stoltenberg ebenso beweisen, wie durch die Tatsache, daß Bocholts Bürgermei-



ster Günther Hochgartz als evangelischer Christ im katholischen Westmünsterland direkt zum Landtagsabgeordneten gewählt worden sei.

Die CDU habe als Volkspartei, erklärte Rödding weiter, schon recht früh erkannt, daß die in ihr verankerten Interessengruppen auch eigene Vertretungen in der Partei haben müssen.

Deshalb seien Vereinigungen wie die Junge Union, die Sozialausschüsse und andere gegründet worden. In diese Linie passe auch der Evangelische Arbeitskreis. Der EAK vertrete die christliche Politik der CDU aus der besonderen evangelischen Sicht. Rödding kündigte an, daß der EAK mit Laien und Pastoren der evangelischen Kirche im Kreis Borken sprechen werde, um sie zu ermutigen, sich auch zur aktuellen Tagespolitik zu melden. Der EAK werde auch vor schwierigen politischen Fragen nicht halt machen. Die Diskussion müsse dabei von einem guten Miteinander geprägt sein.

---

### **Die Angst reduzieren Veranstaltung des EAK Münster zu ethischen Fragen der Organtransplantation**

---

**Münster-Roxel:** „Organspende – christliche Mitverantwortung für den Nächsten?“ war das Thema einer überraschend gut besuchten Veranstaltung des EAK Münster. Wie die Vorsitzende Ursula Dippel in ihrer Begrüßung betonte, geht es dem EAK mit dieser Veranstaltung darum, den Bürgern zu helfen, mit der Angst fertig zu werden, die ein unaufhaltsamer Fortschritt und neue Möglichkeiten der Technologie auf allen Gebieten erzeugen.

Der Referent des Abends, der Pathologe Dr. Werner Schlake, versuchte mit seinem Referat Licht in die unbekanntesten Arbeitsgebiete der chirurgischen Organtransplantation zu tragen. Die Medizin sei gerade in der heutigen Zeit der Organverpflanzung auf viele

Spender angewiesen. Deshalb müsse auch der politischen und rechtlichen Seite ein Augenmerk geschenkt werden. „So darf es nicht nur der Politik überantwortet sein, eine Lösung der Problematik zu finden, sondern auch eine juristische Grundlage muß gegeben sein, um eine vernünftige Regelung zu finden.“ So liegen – wie Dr. Schlake ausführte – im Bundesrat und -tag ausgearbeitete Entschlüsse vor, die jedoch noch zu viele Probleme unberücksichtigt lassen. Es sei letztlich eine dringende Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, um beim Bürger ein moralisch und ethisch gesichertes Bewußtsein zu erzeugen.

Bei der angeregten Diskussion am Anschluß des Referates tauchten vor allen Dingen neben der existentiellen Angst des Einzelnen auch häufig religiöse Problemfragen auf. So versucht – wie Ursula Dippel berichtete – auch die Kirche, ihren Beitrag als Christengemeinschaft zum Thema Organspende beizusteuern.

---

## **Zur Diskussion gestellt:**

### **Positionspapier des EAK Baden zum Verhältnis CDU-Kirche**

---

**Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Der christliche Glaube gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.**

**Wir treten ein für die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Dabei ist unser Verständnis vom Menschen Grundlage und Maßstab zugleich. (Grundsatzprogramm der CDU von 1978, Thesen 1, 5 und 7).**

#### **1. Grundlagen christlich-demokratischer Politik**

Eine verantwortliche Politik muß langfristig Antwort geben können auf die Herausforderungen, vor denen Mensch, Gesellschaft und Staat in unseren Tagen stehen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es unerlässlich, daß die Union sich auf die Grundlagen christlich-demokratischer Politik besinnt und deutlich macht, welche Werte und Ziele ihr Handeln bestimmen. Sie muß sich über das „Woher“ und „Wohin“

ihres Handelns Rechenschaft geben und von daher auf die Fragen der Menschen eingehen.

Die Politik der Union wird von vielen Mitbürgern als zu materiell, pragmatisch, rückwärtsgewandt und kurzlebig empfunden. Dies beruht offensichtlich in besonderer Weise auf der mangelnden Kenntnis der Bürger von den geistigen Grundlagen und programmatischen Zielen der Union. Die CDU hat es über lange Zeit versäumt, einsichtig zu machen, daß und inwieweit ihr politisches Handeln auch tatsächlich auf der seit 1945 tragenden gemeinsamen Grundüberzeugung beruht. Eine bloße Antithese zum Sozialismus und der Politik der gegenwärtigen Regierung weist die Union nicht als zur politischen Führung fähigen Kraft aus. Die Union wird nur dann wieder mehrheitsfähig werden, wenn es ihr gelingt, an der geistigen Führung teilzuhaben. Erst einer sich auf das „C“ besinnenden Union dürfte es möglich sein, ihre an christlicher Verantwortung orientierte Politik als zukunftsweisend darzustellen. Die

Union sollte bei der Formulierung ihrer täglichen Politik in stärkerem Maße als bisher auf die im Grundsatzprogramm postulierten Werte „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“ eingehen.

#### **2. Die Bedeutung der Kirchen**

Bei einer Rückbesinnung auf ihre geistigen Grundlagen, die Grundlagen christlich-demokratischer Politik, bedarf die Union der Begleitung, Beratung und Ermahnung durch die christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften (Positionspapier des EAK Baden zum Verhältnis von Kirchen und Staat, 1975, These 2). Die notwendige Ergänzung von Kirche und Politik bei der Sorge um den Menschen muß bei der Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens wieder stärker berücksichtigt werden.

Trotz mancher Säkularisierungstendenzen gehören die Kirchen zu denjenigen Kräften in unserem Lande, die in besonders intensiver und nachhaltiger Weise Denken und Handeln von Menschen prägen. Sie nehmen in erheblich stärkerem



Maße Einfluß auf das gesellschaftliche Leben, als vielen dies bewußt ist. Als geistig-moralische Institutionen haben die Kirchen wesentlichen Anteil an der Gestaltung unseres Gemeinwesens.

Ihre Bedeutung gewinnen die Kirchen sowohl durch den Gottesdienst als auch durch den gesamten Bereich der kirchlichen Institutionen und ihres Dienstes. Kirchliche Krankenhäuser, Sozialstationen, Altersheime, Kindergärten, der Religionsunterricht, kirchliche Medien sowie Fernsehsendungen wie z. B. „Wort zum Sonntag“, „Tagebuch“ sind Beispiele für Möglichkeiten kirchlichen Wirkens in der Öffentlichkeit. Man kann ohne weiteres davon ausgehen, daß mehr als zehn Millionen (!) Menschen wöchentlich durch Angebote der Kirchen und ihrer Gliederungen mit vom Christsein geprägtem Verhalten in Berührung gebracht werden.

Zunehmende Sinn- und Wertfragen in der Gesellschaft und die wachsende Suche nach der Antwort auf religiöse Fragen führen gerade Jugendliche zur Religion und bewegen sie zur Teilnahme an verschiedensten Formen religiösen Lebens. Gleichzeitig wird bei vielen Jugendlichen ein neues Interesse an der Kirche und einzelnen ihrer Initiativen hervorgerufen. Dies zeigt sich nicht so sehr in regelmäßigem Kirchgang als eher an einem Engagement im kirchlichen Bereich (so zum Beispiel bei Katholiken- und Evangelischen Kirchentagen, Jugendevangelisationen, dem gesamten sozialdiakonischen Bereich, missionarischen Initiativen etc., aber auch bei allgemein religiösen Angeboten wie etwa den Jugendsekten).

Aus alledem folgt die besondere Bedeutung der Kirchen und ihres Wirkens, und zwar in zwei Richtungen: Zum einen trägt sie zur Verdeutlichung einer Politik aus christlicher Verantwortung („C“) bei, zum anderen wirkt sie prägend auf viele Wähler und beeinflußt dadurch Wahlentscheidungen.

### 3. CDU und Kirchen (Wahlanalyse)

Die Union ist allzu lange davon ausgegangen, daß enge kirchliche Bindungen – gemessen etwa am Gottesdienstbesuch – eine natürliche Nähe zur CDU mit sich bringe und sich in einem entsprechenden

Wahlverhalten niederschlagen. Diese Auffassung entspricht aber weithin nicht der Wirklichkeit; im Hinblick auf Jugendliche kann vielmehr derzeit eher das Gegenteil angenommen werden. Sie zeigen eher Neigungen zu den Grünen und pazifistische Tendenzen. Für katholische und evangelische Jugendliche gilt dies in gleicher Weise. Selbst bei erwachsenen Katholischen lösen sich zunehmend die Bindungen an die CDU.

Von besonderer Bedeutung ist für die Union die Situation im protestantischen Bereich. Hier hatte die CDU von Anfang an erhebliche Defizite. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte in starken antikatholischen Ressentiments zu suchen sein. Allerdings scheinen unter den Protestanten mit enger kirchlicher Bindung diese Ressentiments durch den Gedanken der Ökumene weitgehend aufgelöst.

Da die CDU weithin das Image einer katholischen Partei hat, kommt dem Abbau der antikatholischen Vorurteile beim evangelischen Bevölkerungsteil eine besondere Bedeutung zu. Hier stellt sich der CDU, die als Union aus evangelischen und katholischen Christen entstanden ist, die Aufgabe, Christen beider Konfessionen zum gemeinsamen, am Evangelium orientierten Handeln, zusammenzuführen. Außerdem muß das Gesamtimage der CDU verändert werden. Dazu bedarf es einer Stärkung der evangelischen Positionen in der Union sowie einer stärkeren Herausstellung der evangelischen Führungspersonen. Berücksichtigt werden muß, daß der Anteil der Wechselwähler bei Protestanten erkennbar höher ist als bei Katholiken. Und schließlich darf nicht übersehen werden, daß trotz – regional unterschiedlich starker – „kultureller Einebnungstendenzen“ immer noch wirksame Unterschiede in Kultur und Denkweise zwischen Protestantismus und Katholizismus bestehen. Hier wirkt eine jahrhundertelange geistige Prägung nach. Ein Symptom hierfür ist der immer noch überdurchschnittliche Anteil von Protestanten in naturwissenschaftlich-technischen Bereichen und in der Wirtschaft gegenüber einem überdurchschnittlichen Anteil von Katholiken in den Geisteswissenschaften und im sozial-karitativen Bereich.

### 4. Defizite der CDU gegenüber den Kirchen

In der CDU wird weithin die Bedeutung der Kirchen und ihrer Gliederungen verkannt, sei es, daß eine große Kirchenferne besteht, sei es, daß trotz persönlicher Frömmigkeit das Bewußtsein für die politische Relevanz der Kirche fehlt. Es besteht eine gewisse Berührung Angst gegenüber den Kirchen.

Christsein und Kirche gehören für die meisten CDU-Politiker in den rein privaten Bereich. Selbst wenn das politische Engagement des einzelnen aus christlicher Verantwortung heraus geschieht, scheut man sich, auch öffentlich dazu zu stehen.

Vielfach besteht die Befürchtung, engagiertes Auftreten im kirchlichen Bereich könne zu einer unerwünschten Politisierung der Kirche führen. So überläßt man oft das Feld „Kirche“ dem politischen Gegner, der ähnliche Bedenken nicht kennt. Ein unzureichendes und oft verspätetes Erkennen und Verstehen theologischer Strömungen und innerkirchlicher Vorgänge und Bewegungen führt häufig zu Mißverständnissen und Fehlern der politisch Handelnden.

Diese Defizite sind zwar auch gegenüber der katholischen Kirche feststellbar, sie sind jedoch besonders schwerwiegend und auffallend gegenüber den evangelischen Kirchen. Dazu tragen insbesondere falsche Vorstellungen über die unveränderte Wirkkraft von konfessionellen Vorurteilen bei.

Zu den Defiziten gegenüber dem protestantischen Bereich trägt insbesondere bei,

- daß die Protestanten in der Union nach wie vor in der Minderheit sind,
- daß in der Union mehrheitlich engagierte und überzeugte Christen mitarbeiten, die sich leider allzu häufig scheuen, sich auf ihren christlichen Glauben zu berufen, ihn offen zu leben. Die „Vorbildfunktion“ des engagierten Christen in der CDU fällt weg. (Siehe auch Teilnahme an Andachten des Bundestages, auf Parteitagen, Teilnahme an kirchlichen Veranstaltungen, insbesondere Kirchentage und Katholikentage!!)
- daß weitgehend Unkenntnis über die Struktur der Kirche und ihre



Wandlungen (neue Formen kirchlichen Dienstes) sowie die Besonderheiten des evangelischen Kirchenaufbaus herrscht. Dies führt u. a. zu Schwierigkeiten bei der Kontaktaufnahme mit der Kirche. Es besteht auch wenig Verständnis für die demokratische Willensbildung in der evangelischen Kirche;

- daß man über die geistig-kulturelle Andersartigkeit des Protestantismus (z. B. Selbstverantwortlichkeit und Weltverantwortung) nicht viel weiß;
- daß es in CDU-Führungsgremien keinen speziellen Beauftragten (Ansprechpartner) für die evangelische Kirche gibt;
- daß die Union die Chancen des Evangelischen Arbeitskreises als Brücke zu den evangelischen Kirchen unterbewertet. Unterstützung erfährt der EAK fast ausschließlich durch die Bundespartei. In den Landesgeschäftsstellen sind bestenfalls Mitarbeiter unter anderem (!) für Kirchen und EAK zuständig. Die Bildung von Evangelischen Arbeitskreisen auf Kreisebene wird nicht gefördert, in vielen Fällen behindert;
- daß die Union dem eigenen Anspruch zu wenig Rechnung trägt, sich auf ihre Orientierung am „C“ hin befragen und an der eigenen Wertsetzung messen zu lassen.

##### 5. Vorbehalte der Kirchen gegenüber der CDU

Traditionell bestehen Vorbehalte gegenüber dem „C“ im Parteilnamen. Auch hier zeigt sich, daß es der CDU nicht gelungen ist, die den politischen Entscheidungen zugrundeliegenden Positionen und christlichen Wertvorstellungen deutlich zu machen. Bei vielen politischen Fragen gelingt es der Union nicht, eine gemeinsame christliche Überzeugung als Fundament ihrer politischen Positionen zu vertreten. Oft erscheint die Union im Parlament als katholische Lobby. Stattdessen sollen nach Geschichte und Zielsetzung der Union gerade konfessionelle Gegensätze überwunden werden (siehe Grundsatzprogramm von 1978, These 2).

Mit dem Christentum als Maßstab für die Politik der Union kann die CDU neue Wege beschreiten und

ihr Handeln an christlicher Verantwortung und Freiheit messen.

Von Vertretern der Kirche wird gegenüber der Union häufig eine Diskrepanz zwischen ethischem Anspruch und politischem Handeln beklagt. Dabei werden vor allem folgende Bereiche benannt:

- Sicherheits-, Friedens-, Entspannungs- und Verteidigungspolitik;
- Entwicklungspolitik;
- Deutschland- und Ostpolitik;
- Gesellschaftspolitik;
- Umweltschutz.

Gegenüber dem Vorwurf einer Fixierung auf „Tagespolitik und Pragmatismus“ werden die Themen, bei denen die Union zukunftsweisende Antworten geben könnte, zu wenig beachtet.

Es ist dabei zum Beispiel an die Frage nach der Stellung und dem Wert des Menschen in Gesellschaft und Umwelt zu denken. (Fragen nach Konsum- und Leistungsdenken, der Rohstoff- und Ressourcenknappheit, der Lebensgestaltung, des Verhältnisses des einzelnen zum Staat, der Familien- und Wohnungsbaupolitik...)

Vorbehalte gegenüber der Union können auch aus der Tatsache, daß die Kirchen in der Union heute zu wenige Ansprechpartner für ihre Belange finden, erklärt werden. In den ersten Jahren des Wirkens der CDU kam ein wesentlicher Teil maßgeblicher Persönlichkeiten der Partei aus der kirchlichen Arbeit, so daß in Denken und Handeln viele Übereinstimmungen zwischen Partei und Kirche bestanden. Repräsentanten der Kirche sahen sich zu dieser Zeit in der Union vertreten und ernstgenommen.

Kritisch wird von Kirchenvertretern immer wieder bemerkt, daß insbesondere bei der SPD eine größere Bereitschaft vorhanden zu sein scheint, kirchliche Positionen, Bedenken und Überlegungen in die Entscheidungsfindung der Partei einfließen zu lassen. Regelmäßige Kontaktgespräche im kleinen Kreis zwischen Vertretern der Kirchen und der SPD (Partei und Regierung) auf allen Ebenen finden kein Äquivalent bei der CDU. Der CDU wird vielfach vorgeworfen, sie nehme kirchliche Positionen nicht auf, sondern versuche, bei Kontaktgesprächen in erster Linie ihre eigenen Positionen zu rechtfertigen.

Und schließlich besteht im kirchlichen Bereich immer wieder die Sorge davor, vereinnahmt und eingeengt zu werden. Seelsorge und geistliches Leben seien erschwert, wenn Amtsträger oder kirchliche Gruppen sich zu eindeutig mit einer bestimmten politischen Richtung identifizierten. Um dem Anliegen des Evangeliums gerecht zu werden, müssen sich die Kirchen ein hohes Maß an Offenheit und Unabhängigkeit bewahren. Ihr Auftrag bringe es mit sich, von parteipolitischen Gruppierungen Distanz zu halten und die von der biblischen Botschaft her gewiesenen Wege zu gehen. Partnerschaft zwischen Kirche und politischen Gruppen sei dann besonders fruchtbar, wenn die Kirche in ihrem Dienst gestärkt werde und im Gegenüber zum Staat und seinen Gliederungen ihren Dienst tun könne.

##### 6. Folgerung

Die Union muß sich verstärkt bemühen, evangelische und katholische Christen anzusprechen. Dazu bedarf es einer Rückbesinnung auf das „C“, auf die Grundüberzeugungen der Union. Hierbei müssen katholische und evangelische Christen in der CDU zusammenwirken und der gemeinsamen Grundlage wieder mehr Geltung verschaffen.

Um dies aber zu erreichen, muß ein echtes und gleichwertiges Miteinander katholischer und evangelischer Christen zu ermöglichen, erscheint ein verstärktes Zugehen auf den evangelischen Bevölkerungsteil erforderlich. Außerdem muß die Union bei den Kirchen und ihren Gliederungen wieder Vertrauen gewinnen, kirchliche Aussagen ernst nehmen, diese in der politischen Arbeit berücksichtigen und sich immer neu um das Gespräch mit der Kirche bemühen. Sie muß Initiativen und Äußerungen der Kirchen zu politischen Fragen anregen und kirchlichen Amtsträgern bewußt machen, daß beiderseitige Gesprächsbereitschaft erforderlich ist, um dem Auftrag von Kirche und Politik gegenüber dem Menschen gerecht zu werden. Dadurch könnte auf der kirchlichen Seite eine zunehmende Sensibilisierung für die Aussagen der Union erreicht und das gegenseitige Verständnis vertieft werden.

Politik aus christlicher Verantwortung bedarf eines intensiven Austausches zwischen Institutionen und



## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL ● Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM ● Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf ● Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

Gruppen aus Kirche und Politik, um den Menschen in seiner Ganzheitlichkeit sehen und zum Maßstab verantwortlichen politischen Handelns machen zu können.

Nur wenn die Union sich auf ihre geistigen Grundlagen, die Grundlagen christlich-demokratischer Po-

litik besinnt, den Menschen mit seinen Sorgen und Anliegen ernstnimmt und aus dieser Hinwendung ihre Politik gestaltet, wird sie in der Lage sein, überzeugende politische Alternativen anzubieten. Die Chance der geistigen Führung wird bei einer solchen Konzeption auch die Mög-

lichkeit erneuter politischer Führung eröffnen.

Die hier aufgezeigten Möglichkeiten können Schritte darstellen auf dem Weg zur Verwirklichung christlicher Werte, wie sie das Grundsatzprogramm der Union enthält.

## Kurz notiert

### Roman Herzog wieder in den CDU-Bundesvorstand gewählt

**Mannheim:** Mit 504 von 725 Stimmen wurde der Bundesvorsitzende des EAK, Innenminister Prof. Roman Herzog, auf dem 29. Bundesparteitag vom 9.-10. März 1981 in Mannheim wieder in den Bundesvorstand der CDU gewählt. Diesem Ergebnis kommt umso größere Bedeutung zu, als Minister Herzog nicht auf dem baden-württembergischen „ticket“ sondern in seiner Eigenschaft als Bundesvorsitzender des EAK kandidierte, und er mit seinem Stimmenergebnis vor allen anderen Vereinigungsvorsitzenden liegt. Das gute Ergebnis ist Ausdruck der hohen Wertschätzung und des Ansehens, das Minister Herzog in der CDU genießt, aber auch des wachsenden Gewichts des EAK innerhalb der Partei.

### Initiative für die Objektivierung kirchenamtlicher Stellungnahmen zur Politik

#### Brief an die Evangelische Kirchenleitung in Baden

**Freiburg:** Mit Schreiben vom 19. Februar hat eine „Initiative für die Objektivierung kirchlicher Stellungnahmen zur Politik“ an die Kirchenleitung der Evangelischen Landeskirche in Baden ihre Existenz angekündigt. Das Schreiben, das die Unterschriften der Freiburger Professoren Löwisch und Oberndorfer sowie von Dekan i. R. Wettmann

trägt, ist insbesondere auch wegen der Übereinstimmung mit kritischen Äußerungen Bundeskanzler Helmut Schmidts über Entwicklungstendenzen in den Kirchen (in: Evangelische Kommentare vom 4. April) interessant. Wir geben es deshalb nachfolgend unseren Lesern zur Kenntnis.

„Sehr geehrte Herren, die Badische Zeitung berichtete letzte Woche (epd-Meldung aus Karlsruhe), daß 15 evangelische Bezirksjugendpfarrer unserer Landeskirche in einem offenen Brief an den regierenden Bürgermeister Klose in Hamburg dessen ablehnende Haltung bzw. Entscheidung gegen den Weiterbau des Kernkraftwerks in Brokdorf begrüßt haben. In dieser Nachricht wird zitiert: „Als Christen sind wir der festen Überzeugung, daß wir in der Gegenwart Einschränkungen auf uns zu nehmen haben“.

Hier wurde also im Namen unserer Kirche und unter Inanspruchnahme kirchlicher Funktionsbezeichnungen in der Öffentlichkeit Stellungnahme zu einem Fragebereich wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Art bezogen, der unsere Gesellschaft leidenschaftlich bewegt. Daß mit dieser Form ihrer Stellungnahme Bundesregierung, Politiker, Wissenschaftler und Wirtschaftsfachleute, welche die vorausgesetzte Überzeugung von Herrn Klose nicht teilten, religiös und moralisch disqualifiziert wurden, konnte diesen Akademikern nicht entgangen sein. Hier wurde nicht mit der Wahrheit und der Liebe gedient, sondern in voreiliger, unausgewogener Sachkenntnis schlicht diffamiert. Den Bekenntnissen und

Katechismen der Landeskirche wurde hier nicht entsprochen.

Wir erwarten deshalb eine kirchenregimentliche Stellungnahme zu diesem Geschehen. Wir wissen nicht, ob eine solche für die Öffentlichkeit noch in Vorbereitung ist.

In Erinnerung an eine frühere, leider sehr spät verfaßte „Freiburger Denkschrift“, die inzwischen in die Geschichte des Dritten Reiches eingegangen ist, möchten wir rechtzeitig vor einer anhebenden theologischen Verwilderung warnen. Voreilige Stellungnahmen ohne auszuweisende Sachkenntnis sind im kirchlichen Raum noch gefährlicher, als vor dessen Toren.

Es wird damit niemand zum Christen gemacht, aber das eigene Christsein korrumpiert. Die Bekenntnisse der Kirche widerstehen solchem Unterfangen.

Wir bitten die Leitung der Kirche daher, bei Gemeinden und Theologen einer stärkeren Bewußtseinsbildung ihre Aufmerksamkeit zu schenken, für die klar ist, was theologisch noch als kirchliches Handeln verantwortet werden kann. Wir halten die Inanspruchnahme von Talaren, kirchlichen Insignien und kirchliche Funktionsbezeichnungen bei derartigen Auseinandersetzungen im weltlichen Bereich nicht für legitim. Ohne eine ausdrückliche Billigung durch eine geordnete Synode können solche Eigenmächtigkeiten für Kirche und Volk nur verderblich sein.

In Wahrnehmung gebotener kirchlicher Mitverantwortung!

Übrigens: Die Antwort der Kirchenleitung stand bis zur Drucklegung der Evangelischen Verantwortung noch aus!